

Volkswagen mit dem manipulierten Dieselmotor sind in den USA im Schnitt noch 14500 \$ wert: Parkplatz eines VW-Händlers in San Diego. (23. September 2015)

VW soll die schadhaften Autos zurückkaufen

Führende US-Anwaltskanzleien verlangen den Rückkauf der Dieselautos bis Ende Jahr – über 250 Sammelklagen eingereicht. Von Charlotte Jacquemart, Berkeley

ast eine halbe Million Wagen des Volkswagen-Konzerns verstossen gegen die Emissionsgesetze der USA. Betroffene haben inzwischen bereits über 250 Sammelklagen gegen VW eingereicht. Letzte Woche haben sich zwei weitere Eingaben dazugesellt, die es in sich haben: Sie könnten für den deutschen Autokonzern unmittelbare Kosten von bis zu 7 Mrd. \$ bedeuten.

Eine der führenden Anwaltskanzleien im Abgas-Skandal, der in den USA seinen Anfang nahm, verlangt den sofortigen Rückkauf oder den Austausch der fehlbaren Fahrzeuge. Die Kanzlei Hagens Berman aus Seattle hat bei einem Bezirksgericht im Süden Kaliforniens entsprechende Eingaben gemacht: eine im Namen der betroffenen 70 000 VW-Besitzer Kaliforniens und eine im Namen der übrigen

Auf diese Summe könnten sich die Kosten von VW für den möglichen Rückkauf von Autos und drohende Bussen als Folge des Abgas-Skandals allein in den USA belaufen.

gut 400 000 «VW-Diesel-Opfer» ausserhalb des Gliedstaates

Eine gerichtlich erzwungene Rückgabe der Autos an VW würde nicht in ferner Zukunft stattfinden, sondern sofort, wie Steve Berman, Partner der Kanzlei, gegenüber der «NZZ am Sonntag» erklärt: «Das Hearing vor Gericht ist für Anfang November geplant. Erreichen wir dort eine einstweilige Verfügung, können wir verlangen, dass VW bis Ende Jahr ein Rückkauf- beziehungsweise Austauschprogramm vorliegen hat.» Den Autohaltern wäre es aber freigestellt, ob sie darauf eingehen.

Der Vorstoss von Berman ist einzigartig, weil er sich auf einen Garantie-Paragrafen stützt. Nach kalifornischem Recht - viele US-Gliedstaaten kennen ähnliche Regeln - garantieren Autobauer sieben Jahre lang (oder für 120 000 km) für alle Teile, die mit der Kontrolle von Emissionen zusammenhängen. Berman macht in den zwei neuen Eingaben geltend, dass es VW nicht in angemessener Zeit schaffe, das Garantieversprechen einzuhalten. Aus diesem Grund müsse VW jetzt die Autos zurückkaufen oder austauschen. Volkswagen kommentierte die neuen Forderungen nicht.

Erreicht Berman im November vor Gericht eine einstweilige Verfügung gegen VW, drohen dem Autokonzern in kurzer Zeit Kosten von bis zu 7 Mrd. \$: Laut einer Preisliste für Gebrauchtwagen von Kelley Blue Book sind die 482 000 betroffenen Wagen im Schnitt um die 14 500 \$ wert. Ein Jetta von 2009 wird zurzeit für 8400 \$ gehandelt; ein 2015er Passat ist gut 21 000 \$ wert. Die Preise für die Dieselmodelle sind seit Bekanntwerden der Schummelei im Schnitt, je nach Modell, um mehrere Prozentpunkte gesunken. Ordnet das Gericht in Kalifornien im November eine solche Rücknahmeaktion an, würde dies sämtliche



Rückstellungen verschlingen, die VW für den Skandal bis jetzt gemacht hat. Da in den USA zusätzlich noch eine Busse von maximal 18 Mrd. \$ für die Verletzung der Umweltgesetzgebung droht, könnten sich für VW allein in den USA Kosten von über 25 Mrd. \$ auftürmen - ohne die hohen Anwaltshonorare.

Schweizer Juristen räumen Bermans Begehren durchaus Chancen ein. VW habe wissentlich «schmutzige» Motoren verkauft und den Betrug öffentlich zugegeben. Es sei gut vorstellbar, dass es ein US-Gericht für richtig halte, die Fahrzeughalter sofort zu entschädigen, statt sie mit einer irgendwann in Zukunft eventuell stattfindenden Instandstellung zu vertrösten. In die Hand spielt Berman, dass VW öffentlich eingestand, für die US-Fahrzeuge keine schnelle Lösung zur Hand zu haben.

Die Emissionsgesetze vieler US-Gliedstaaten sind strenger als jene in Europa. So ist absehbar, dass es VW in Kalifornien kaum schaffen wird, die Frist des Regulators einzuhalten: VW müsste bis zum 20. November einen Plan vorlegen, wie man die Autos nachzurüsten gedenkt. «Damit werden die VW-Besitzer gezwungen, auf absehbare Frist Autos zu fahren, die gegen das Gesetz verstossen», sagt Berman. Das sei unzumutbar.

Unklar ist darüber hinaus, wie lange die zuständigen Regulatoren gewillt sind, die «Smog-Mobile», wie die Dieselautos mittlerweile genannt werden, noch zuzulassen. Laut Gerüchten überlegt sich die US-Umweltbehörde EPA (Environmental Protection Agency), die schmutzigen Motoren ab 2016 auf den Strassen zu verbieten. Die Kanzlei McCune Wright, die in der Vergangenheit wie Hagens Berman mehrmals erfolgreich gegen Autokonzerne geklagt hat, hält einen solchen Schritt der EPA für «sehr wahrscheinlich». Von der EPA war kein Kommentar zu erhalten. Ein Fahrverbot käme Berman zupass. Es würde den finanziellen Schaden für die Fahrzeughalter offensichtlich machen.

Der Rückkauf von Produkten ist in der Geschichte der USA zwar selten, aber just diesen Sommer hat sich Fiat Chrysler bereit erklären müssen, für eine halbe Million Pick-up-Trucks mit fehlerhafter Steuerung ein milliardenschweres Rückkaufangebot zu machen. Laut Beobachtern ist der Fall ein Zeichen dafür, dass die Regulatoren härter gegen Autokonzerne vorgehen wollen.

Für VW hätte ein Rückkauf oder Austausch der die Gesetzgebung verletzenden Fahrzeuge auch Vorteile: Das Thema wäre vom Tisch. Daran hat VW ein Interesse, zumal der Absatz von VW-Benzinern - der Verkauf von Dieselfahrzeugen ist zurzeit gestoppt - kaum gelitten hat, wie VW-Händler bestätigen.

ANZEIGE



Tests der Fachhochschule Bern

Auch Dieselmotoren von Opel übersteigen Grenzwert deutlich

Weil in Deutschland kein Labor bereit war, die Tests durchzuführen, hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die den VW-Skandal ins Rollen brachte, durch die Abgasprüfstelle der Fachhochschule Bern einen im Jahr 2015 zugelassenen Opel Zafira Diesel 1.6 CDTi überprüfen lassen. Die DUH will Fahrzeuge, die hohe Abweichungen zwischen Laborbetrieb und Strasseneinsatz zeigen, einer systematischen Prüfung durch unabhängige Experten unterziehen lassen.

Auf den Opel sind die Experten nach entsprechenden Hinweisen aufmerksam geworden. Bei den Messungen stiess das Fahrzeug mit 6000 Kilometern auf dem Tacho bis zu 17-mal mehr Stickoxide aus als zugelas-

sen. Die Euro6-Norm begrenzt die Emissionen von NO_x auf 80 Milligramm pro Kilometer. Diese Norm hielt der Wagen aber nur bei der Messung nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren im Neuen Europäischen Fahrzyklus ein. Dabei bewegen sich nur die Vorderräder auf dem Rollprüfstand, die Hinterräder sind aufgebockt.

Anders verhielt sich der Wagen, als sich auch die Hinterräder drehten, wie im Strassenverkehr. Die NO_x-Emissionen lagen dann laut DUH 3- bis 4-mal über dem Grenzwert. Doch auch mit nur zwei drehenden Rädern zeigten sich Auffälligkeiten. Als die Prüfer stetig auf 150 km/h beschleunigten, stieg der Ausstoss von Stickoxiden «schlagartig an und überschritt die Messskala des Analysegerätes», so der Prüfbericht aus Bern. Die Skala reichte bis 1400 mg. Laut Prüfbericht könnte dies «durch eine Abschaltung der Harnstoffdosierung» erklärbar sein.

Unter den Hinweisgebern der Umweltschützer war ein Taxifahrer, der mit diesem Fahrzeugtyp 200 000 km zurückgelegt hat. Dabei verbrauchte sein Fahrzeug nur zwischen 2,5 und 3 Litern Harnstoff. «Das würde ein Fahrzeug normalerweise für 1000 km benötigen», sagt der Vorsitzende der DUH, Jürgen Resch. Einen Beweis für eine Manipulation liefern die Ergebnisse allerdings nicht. Opel weist die Behauptungen zurück. «Für alle unsere Autos gilt nach wie

vor und ohne Einschränkung: Von GM entwickelte Software hat keine Features, die feststellen, ob das Fahrzeug einem Emissionstest unterzogen wird», teilt Opel-Sprecher Ulrich Weber mit. Die Ergebnisse seien nicht nachvollziehbar, bei eigenen Tests mit einem Vierrad-Betrieb seien die Grenzwerte eingehalten worden.

Die DUH hat die Ergebnisse an die Behörden in Deutschland und in den USA gemeldet. «Das Problem von zu hohen NOx-Emissionen betrifft die gesamte Automobilindustrie. Nahezu alle Dieselmotoren sind ähnlich schmutzig», sagt Jürgen Resch. In Kürze will die DUH neue Resultate von weiteren Autos vorlegen. Susanne Ziegert, Berlin